



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

**Titel:** Postulat von Karl Willimann, SVP Fraktion: "Runder Tisch" für das weitere Vorgehen im Bereich der "Familienergänzenden Unterstützung" (FEB)

**Autor/in:** [Karl Willimann](#)

**Mitunterzeichnet von:** Brunner, Epple, Gaugler, Halbeisen, Hartmann, Hasler, Kämpfer, Klausser, Mall, Ringgenberg, Sollberger, Stohler, Straumann, Strub, Thüring, Weber, Weibel, Wenger, Willimann, Wirz und Wullschleger

**Eingereicht am:** 22. März 2012

**Bemerkungen:** Als dringlich eingereicht  
[Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Am [11. März 2012](#) hat der Baselbieter Soverän die Vorlage zur "Familienergänzenden Unterstützung im Frühbereich" abgelehnt. Damit ist ein Geschäft gescheitert, welches die Politik seit 1999 bewegt. Am [12. Januar 2012](#) wurde vom Landrat die Schwestervorlage "Familienergänzende Unterstützung im Schulbereich" an die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission (BKSK) zurückgewiesen, mit dem Auftrag, einen revidierten Gesetzesentwurf zu erarbeiten. Fakt ist, dass die zwei Vorlagen, die ursprünglich in einem Gesetzesentwurf vom Regierungsrat in die Vernehmlassung geschickt wurden, miteinander über Schnittstellen korreliert sind. Die notwendigen inhaltlichen und formellen Übereinstimmungen betreffen *die Anerkennungsvoraussetzungen der FEB-Einrichtungen, die Definition des massgeblichen Einkommens, die Unter- und Obergrenze der linearen Beitragsstufen und die Teuerungsklausel*.

Beide FEB-Geschäfte waren in den Kommissionen und im Landrat stark umstritten. Grundsätzlich bekannten sich alle Parteien zu einer familienergänzenden Unterstützung, hingegen war man sich über den Umfang, die Verantwortlichkeiten und die Finanzierung nicht einig. Auch der Verband der Basellandschaftlichen Gemeinden (VBLG) wehrte sich gegen eine einseitige Belastung und eine Einschränkung der Gemeindeautonomie. Angesichts der Ablehnung des FEB-Frühbereichs ist aktuell eine **verfahrenre** Situation entstanden. Hinzu kommt noch die Tatsache, dass aktuell zwei Volksinitiativen zum Bereich FEB im Gang sind (*Formulierte Verfassungsinitiative "Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung"* und *eine formulierte FDP-Initiative zum FEB-Frühbereich*). Es macht deshalb wenig politischen Sinn, dass sich die Bildungskommission unter diesen Umständen an die Arbeit zu einem revidierten Gesetzesentwurf für den FEB-Schulbereich macht. Wenn dem FEB-Bereich der politische Durchbruch gelingen soll, so muss zwischen den involvierten Stellen ein Kompromiss gefunden werden, welcher quasi den kleinsten gemeinsamen politisch machbaren Nenner abbildet. Dies ist ein Weg, der am meisten Erfolg in der weiteren Behandlung verspricht. Deshalb ist es sinnvoll, wenn sich die politischen Parteien, der Regierungsrat und der VBLG nun an einen Tisch setzen und das weitere Vorgehen besprechen.

**Der Regierungsrat wird ersucht, für das weitere Vorgehen einen "Runden Tisch" einzusetzen, welcher eine politisch machbare Lösung im FEB-Bereich aufzeigt.**